

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zeile 15 Pf. 3 gespalt. Textzeile 60 Pf. Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzahlung der bezahlten Monatsquittung 10% Rabatt. Anzeigen werden in unserer Geschäftsstelle entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärtig werden auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 52521 unter Gemeinnützige Werkgemeinschaft, Leipzig erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Redaktion: Allgem. Jüdisches Familienblatt, Löhstr. 6.
Alle Zuschriften und Sendungen nur an die
Geschäftsstelle und Verlag
Druckerei der Werkgemeinschaft, Brüderstr. 19, Telefon 27489
Erscheint Freitags — Redaktionsschluß Dienstag mittag.
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt,
wenn Rückporto beiliegt.

Bezugspreise: Abonnements werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 50 Pfennige monatlich. 1.50 Mark vierteljährlich (exklusive Bestellgeld). Streifenband-Bezug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet. 1.20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1.50 Mark monatlich. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Brüderstraße 19; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8. Leihbücherei, Nordstraße 29. M. Laifer, Chemnitz, Kasernenstraße 8. Dresden: Leon Keien, Kaufbachstraße 25.

Chronik der Woche

Was wählen wir am 6. November? Die Verhandlungen seinerzeit zwischen Zentrum und NSDAP. haben jüdischen Kreisen sehr zu denken gegeben. Für die Deutsche Volkspartei, die den antisemitischen Deutschnationalen durch Listenverbindung Mandate zuschanzt, wird sich kein denkender Jude erwärmen können, das weite Herz des C.V., der gleich sechs Parteien, darunter die Deutsche Volkspartei, für jüdische Wähler als möglich ansieht, hat lebhaftes Kopfschütteln überall hervorgerufen. Staatspartei, Radikaldemokraten, Hörsingpartei, SAP. dienen, soweit man das jetzt schon prophezeien kann, wieder nur der Zersplitterung der Gegner der Reaktion und des Antisemitismus. Die jüdische Jugend aller Richtungen, die jüdischen Angestellten, werden zum überwiegenden Teil Liste 2 — Sozialdemokratie — wählen. Der Zentralverband der Angestellten, dem nicht wenige jüdische Angestellte angehören, hat die gleiche Parole herausgebracht. Vom jüdischen Jugendbund Leipzig aus fand eine Jugendwählerkundgebung mit dem sozialdemokratischen Studienrat Prof. Riemann statt, die tief die Verbundenheit der jüdischen Jugend mit dem Kampfe für Freiheit und Recht aufzeigte.

Sehr große Steigerung des Orangenexports. Der Export der Palästinaorangen wird von fachmännischer Seite in diesem Jahre auf 2 Millionen Kisten geschätzt, gegenüber dem vorjährigen Export von 750.000 Kisten.

Psycho-Analytiker über jüdische Patienten. Durch den Nationalsozialismus und seine brutale antijüdische Propaganda ist die psychische Belastung besonders sensibler veranlagter Juden stärker geworden. Psychoanalytiker berichten, sie hätten die Erfahrung gemacht, daß durch die Behandlung das jüdische Bewußtsein eine Kräftigung erfahren habe, es gäbe Patienten, die Zionisten geworden seien.

Wie werden die 4500 Zertifikate verteilt? 400 hat die Regierung zurückbehalten für Touristen, die in Palästina geblieben sind, 500 sind für Mittelstandseinwanderer bestimmt, 1200 kommen an Verwandte von Palästinensern, das übrige sind Chaluzzertifikate.

Juden im Herrenklub? Die „Deutsche Republik“ brachte jüngst die Meldung, daß der Herrenklub trotz seines sonst streng nationalen und gesellschaftlich exklusiven Charakters den jüdischen Großkaufmann Manasse gern in seinen Mauern sieht. Der jüdische Schauspieler und der jüdische Mitarbeiter am Rundfunk wird aber nicht verstehen, wieso er denn jetzt während des neuen Regimes an die Luft gesetzt wird, wenn die neuen Herren ja keine Antisemiten sind.

Sind die Nazis wirklich rasserein? Der „Kuckuck“ verneint das an Hand interessanter Stellen aus dem nationalsozialistischen Schrifttum. Dort ist nämlich längst bewiesen, daß die „Hohenzollern“ eine landfremde, krummbeinige, asiatische Gesellschaft mosaischer Abkunft sind. Diese Auslassungen stammen allerdings aus dem Jahre 1919. Was wird die NSDAP. nun mit dem Kronprinz machen?

Esriel Carlebachs Rußlandreise. Esriel Carlebach, der Sohn des hiesigen orthodoxen Rabbiners, ist von seiner Rußlandreise vor einigen Wochen zurückgekehrt und gibt im Hamburger Israel. Familienblatt einen sehr eingehenden Bericht besonders über das jüdische „Städtchen“.

Wen wähle ich?

Ob man will oder nicht, man muß sich mit den kommenden Reichstagswahlen beschäftigen. Die zur Entscheidung stehenden Probleme haben bei dem gegenwärtigen Stande der politischen Entwicklung in Deutschland direkt eigentlich nur sehr wenig mit Juden zu tun. Darüber kann auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß von den Nationalsozialisten nach altbewährtem Wahlrezept krampfhaft und mancherorts auch mit gewissem Erfolg der Versuch unternommen wird, die schwere Auseinandersetzung, die sich jetzt innerhalb des nationalen Lagers in Deutschland vollzieht, auf ein antisemitisches Geleise zu

**Abonnementspreis
nur 50 Pfg
pro Monat**

schieben. Die Regierung Papen, welche durch drakonische Notverordnungen und Androhung allerschwerster Strafen zum größten Teile den ins ungeheuerliche gewachsenen Exzessen ein Ende bereitet hat, wird von den Nationalsozialisten konsequent als eine „Judenschutz-Regierung“ und als „Juden-Regierung“ ausgegeben. Immer neue Erfindungen der Nationalsozialisten sollen diese These bestätigen. Angeblich sollen die sozialreaktionären Bestimmungen der letzten Notverordnungen auf Betreiben jüdischer Ratgeber erlassen worden sein. Prompt erfolgte von Regierungsseite ein entschiedenes Dementi. Dann wurde wieder behauptet, daß Papen sich mit Vorliebe der Hilfe jüdischer Finanziers bei delikaten Wirtschaftsmissionen im Auslande bedient. Sofort erklärte die Regierung, daß an dieser Behauptung kein wahres Wort sei. Auf-

fallend ist, daß die Regierung Papen gegen den Vorwurf einer Verfälschung mit Juden so empfindlich ist. Es wird ihr von nationalsozialistischer Seite jeden Tag ein langes Register von allerschwersten Vorwürfen gemacht. Nur selten entschließt sie sich, auf Grund der ihr mit Hilfe der erlassenen Notverordnungen zur Verfügung stehenden Vollmachten, ihren Dementierapparat in Bewegung zu setzen. Nur, wenn man sie des Verbrechens zeihet, daß sie nicht gewillt ist, die Juden bedenkenlos den Nationalsozialisten zum Opfer hinzuwerfen, kriegt sie einen roten Kopf, ist schwer gekränkt und läßt ihre offiziellen Pressestellen in Aktion treten. Es muß nicht erst hervorgehoben werden, daß die Juden in Deutschland in keiner Weise die Empfindung haben, das neue Regime hätte für die spezielle Situation der Juden ein besonderes Verständnis. Natürlich hat die neue Regierung durch die strenge Handhabung der von ihr erlassenen Notverordnungen im allgemeinen den anarchischen Zuständen in Deutschland ein Ende gesetzt und auf diese Weise auch eine Wiederholung der in den Monaten Juli und August in weiten Teilen Deutschlands zur täglichen Übung gediehenen Pogromaktion der Nationalsozialisten unmöglich gemacht. Die Regierung hat beim Erlaß ihrer Verordnungen sicherlich nicht in erster Linie an die bedrohten und gefährdeten Juden gedacht, sondern vielmehr an den Eindruck, den die in Deutschland überhandnehmenden Ausschreitungen auf das Ausland gemacht haben. Aus dieser Sachlage heraus jedoch den Schluß ziehen zu wollen, daß sich die neue Regierung mit besonderer Herzenswärme den Schutz der Juden als eine ihrer Hauptaufgaben angelegen sein lasse, wäre eine fatale Verneinung der wahren Situation.

Trotzdem sind sehr viele Juden geneigt, der neuen Regierung ein gewisses Maß von Vertrauen entgegenzubringen. Dies ist, wenn man die Wochen in den Monaten Juli und

Zu den Reichstagswahlen

Staatsbürgerliche- und jüdische Pflicht erfordern, daß jeder wahlberechtigte Jude am 6. November seine Stimme in die Wagschale der Entscheidung werfe. Wir haben uns mehrmals mit der politischen Situation der deutschen Juden befaßt und hierbei zum Ausdruck gebracht, daß die politische Entwicklung den Juden nur einen sehr geringen Spielraum bei der Auswahl der Parteien läßt, die für sie in Frage kommen. Man kann keine generelle Anweisung geben, welche Partei ein Jude wählen soll, man kann nur mit allem Nachdruck wiederholen,

daß jeder Jude bei seiner Stimmenabgabe der Tatsache seines Jüdesseins sich bewußt sei und als Jude würdig und ehrenhaft vorgehe. Daraus folgt, daß keine jüdische Stimme weder direkt noch indirekt einer antisemitischen Partei zugute kommen darf. Programmatisch judenfeindliche Parteien werden von den Juden nicht gewählt werden. Es ist darauf zu achten, daß auch solche Richtungen keine Unterstützungen erfahren, die mit judenfeindlichen Parteien in Listenverbindung stehen. Unsere Wahlparole lautet: Keine jüdische Stimme den Judenfeinden